

**Kandidaturrede von Ursula Heinen im Rahmen der
Nominierungsveranstaltung des Kandidaten für die Bundestagswahl 2009 für den
Wahlkreis 94 am 10. September 2008**

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

ich möchte Sie heute um Ihre Unterstützung bitten, im nächsten Jahr für Sie und die Kölner CDU erneut für den Deutschen Bundestag zu kandidieren. Ich möchte die Gelegenheit heute aber auch nutzen, mich für die erfahrene Unterstützung in den letzten Jahren herzlich zu bedanken. Mein Dank gilt allen Mandats- und Funktionsträgern und vor allem allen ehrenamtlich Tätigen. Ohne Sie und Euch wäre vieles nicht möglich gewesen!

I. Ein ereignisreiches politisches Wochenende liegt hinter uns: Putsch und Intrige – das sind nicht etwa die Schlagzeilen von politischen Ereignissen in einer fernen Republik. Nein, Putsch und Intrige, das waren die Schlagworte der Klausurtagung der SPD am vergangenen Wochenende. Schlagworte, die den katastrophalen Zustand dieser einstmals so stolzen Partei zeigen. Kurt Beck tritt ab und hinterlässt einen Trümmerhaufen. Franz Müntefering soll die SPD wieder einen, nachdem er vor nicht ganz drei Jahren vom Amt des Parteivorsitzenden zurückgetreten ist, weil Andrea Nahles und der linke Flügel ihn unter Druck gesetzt haben. Der Vor-Vorgänger von Beck wird also sein Nachfolger. Was wirft das für ein schlechtes Licht auf die Personalsituation in der SPD?! Mag bei den Genossen personell einiges in Bewegung geraten sein, inhaltlich werden die entscheidenden Fragen aber nicht geklärt. Das gilt insbesondere für die Haltung zur Linkspartei.

- Frau Ypsilanti plant in Hessen eine Duldung durch die PDS.
- Der SPD-Kandidat in Thüringen, Christoph Matschie, hat offen erklärt, dass er sich mit den Stimmen der Linken zum Ministerpräsidenten wählen lassen würde, auch wenn die SPD nicht die stärkste Partei ist.

- Bei der Bundespräsidentenwahl wollen SPD und die Linke gemeinsame Sache machen – was kommt danach? Herr Lafontaine?!

Schon heute haben SPD, Grüne und PDS die Mehrheit im Deutschen Bundestag.

Keiner glaubt der SPD angesichts dieses Verhaltens, dass sie es im Bund nicht auch mit der Linkspartei tatsächlich machen würde. Solche Experimente können wir nicht gebrauchen! Nur ein starkes bürgerliches Bündnis kann den Linksruck in Deutschland aufhalten. Dafür müssen wir arbeiten.

II. Erinnern wir uns an das Jahr 2005, an die NRW-Landtagswahl: Die SPD musste nicht nur die Niederlage eingestehen, die Jürgen Rüttgers zum Ministerpräsidenten gemacht hat und für NRW nach 39 Jahren den dringend benötigten Politikwechsel gebracht hat. Die SPD musste vielmehr realisieren, dass die Menschen im Bund das Vertrauen in rot-grüne Politik verloren hatten.

Doch der anschließende Wahlkampf verlief nicht so glanzvoll, wie wir uns das vorgestellt haben – mit dem bekannten Ergebnis. Regieren in der Großen Koalition war und ist alles andere als einfach. Jedoch eines stand ohne Frage an erster Stelle: Das Vertrauen der Menschen in die Politik musste mit und nach der Bundestagswahl zurück gewonnen werden.

Wie sah es in Deutschland 2005 aus?

- Das niedrigste Wirtschaftswachstum in Europa (0,9 Prozent),
- 5,3 Millionen Arbeitslose – so viel wie nie zuvor in unserem Land,
- blaue Briefe aus Brüssel: die Kündigung des Stabilitätspaktes für solide Finanzen in Europa,
- eine ausufernde Neuverschuldung des Bundeshaushaltes,
- das Ausbluten der sozialen Sicherungssysteme und nicht zuletzt
- die Trümmer der transatlantischen Beziehung sowie eine Spaltung Europas in ein „altes“ und „neues“ Europa

Das waren die Hinterlassenschaften von Rot-Grün. Trotz dieser schwierigen Startbedingungen ist es gelungen, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen mit einer einfachen Formel aus dem Regierungsprogramm von CDU und CSU. Ich zitiere:

„Sagen, was man tun will, und tun, was man sagt – Klarheit und Verlässlichkeit müssen wieder Maximen politischen Handelns werden.“

Und das hat Angela Merkel so deutlich von Gerhard Schröder unterschieden: Die Bundesregierung hat sich in den letzten drei Jahren das neue Vertrauen und die Zuversicht der Menschen hart erarbeitet. Die ersten sichtbaren Erfolge tragen deutlich die Handschrift von CDU und CSU:

- Deutschland ist wieder wachstumsstärker (2007 ist das BIP um 2,5 Prozent gegenüber 2006 gestiegen, allerdings jetzt abschwächend).
- neue Arbeitsplätze sind entstanden – aktuell haben wir in Deutschland 3,21 Millionen Menschen ohne Arbeit, das sind insgesamt 1,56 Millionen weniger als unter Rot-Grün (Sommer 2005), die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen wurde sogar halbiert! In Köln konnten wir für Februar 2008 einen Rückgang der Arbeitslosenquote um 9,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr verzeichnen. Über 40 Millionen Menschen haben heute in Deutschland einen Arbeitsplatz – soviel wie nie zuvor!
- die Neuverschuldung wurde gestoppt – sie ist so gering, wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr, ab 2011 wird der Bundeshaushalt sogar ohne neue Schulden auskommen – das eröffnet neue Gestaltungsspielräume nicht nur für kommende Generationen.
- die sozialen Sicherungssysteme Rente, Gesundheitsversorgung und Pflege sind endlich wieder zukunftsfähig.

Sozialdemokratischer staatlicher Verteilungspolitik haben wir das Motto „sozial ist, was Arbeit schafft“ entgegen gestellt. Das ist nicht nur nachhaltige Politik, das ist auch eine Politik, die unsere christlichen Wurzeln hervorhebt.

III. Aber trotz Wirtschaftswachstum und Abbau der Arbeitslosigkeit herrscht in der Bevölkerung nach wie vor große Unsicherheit. Lassen Sie mich ein paar Zahlen des Meinungsforschungsinstituts Emnid präsentieren, die gerade in der vergangenen Woche auf der Klausurtagung der CDU-Bundestagsabgeordneten aus Nordrhein-Westfalen mit Jürgen Rüttgers und Angela Merkel diskutiert wurden:

- 91 Prozent der Befragten sind der Auffassung, dass Deutschland tendenziell dabei ist zu verarmen. 45 Prozent sind der Meinung, dass dies auch ihre persönliche Lage betrifft.
- 80 Prozent bezeichnen unsere Gesellschaft als sozial ungerecht.
- 63 Prozent sind der Auffassung, dass Unternehmen Arbeitsplatzverantwortung ablehnen.

Daran koppelt sich die Einstellung, dass es allen in den nächsten zehn Jahren schlechter geht, nur den Unternehmen nicht.

Dieser Trend zieht sich durch den Mittelstand, die Menschen, die wir eigentlich mit unserer Politik erreichen wollen. Wir als CDU müssen das Thema „Soziale Gerechtigkeit“ besetzen. Dazu gehört:

- Gesellschaftlicher Aufstieg durch Leistung muss weiter möglich sein und – was noch wichtiger ist – durch die eigenen Leistungen muss der Lebensstandard gesichert werden können.
- Die soziale Herkunft darf nicht die Bildungschancen bestimmen.
- Unsere Wirtschaftspolitik muss sich wieder stärker an der Sozialen Marktwirtschaft orientieren. Der „Rheinische Kapitalismus“ hat hier bereits einmal Erfolge erbracht. An diese Wurzeln müssen wir anknüpfen.

- Und ganz wichtig: Familien dürfen nicht Familien finanzieren.

Egal, ob wir an die Tankstelle fahren, unsere Stromrechnung bezahlen oder im Supermarkt Lebensmittel einkaufen, überall spüren wir, dass wir tiefer in die Tasche greifen müssen. Auch wenn die Politik nur bedingt Einfluss auf den Preis hat, so kann und muss sie doch an anderer Stelle gerade die Mitte unserer Gesellschaft entlasten. Dieser Politik muss sich die CDU verschreiben, damit am Ende mehr Netto vom Brutto übrig bleibt.

IV. Es gilt: Jeder Job ist eine neue Chance! Dies ist für mich sowohl Motivation als auch zentraler Gegenstand meiner Wahlkreisarbeit: Viele Bürgerinnen und Bürger wenden sich hilfeschend bei der Stellensuche an mich. In diesen Fällen versuche ich, den Kontakt zu den zuständigen Stellen herzustellen. Ich bin sehr froh über die gute Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur Köln. Viele Anfragen konnten so positiv beantwortet werden.

Anliegen meiner Arbeit für die Kölnerinnen und Kölner war und ist die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Köln - sei es der Flughafen Köln, Köln als Tourismusstandort oder die Bundeswehr. In unzähligen Gesprächen nehme ich die Möglichkeit wahr, zwischen Institutionen, Betrieben, Politik, Behörden und auch Bürgern wie im Falle des Fluglärmsgesetzes zu vermitteln, um Arbeitsplätze in unserer Region zu sichern.

V. Meine Damen und Herren, zum Vertrauen gehört auch Mut. Nicht nur der, der vertraut, muss mutig sein, sondern auch der, dem Vertrauen geschenkt wird – Mut neue Wege zu gehen, die neues Vertrauen entstehen lassen können. Diese neuen Wege ist allen voran Ursula von der Leyen mit ihrer Familienpolitik gegangen. Ich bin sehr froh, dass ich in meiner Funktion als Sprecherin der Frauen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den vergangenen Jahren diesen Weg gestaltend mitgehen konnte.

Das Elterngeld entwickelt sich zu einer wahren Erfolgsgeschichte. Auch die umstrittenen so genannten Vätermomente werden von immer mehr Vätern dankbar angenommen. Die Zahlen sprechen für

sich: Erstmals konnte das Statistische Bundesamt einen Anstieg der Geburtenrate im letzten Jahr verzeichnen.

Aber noch eine zweite Neuerung macht den jungen Frauen und Männern Mut, familiäre Verantwortung zu übernehmen: Der Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten der Unterdreijährigen, insgesamt sollen 750 000 neue Plätze in den nächsten fünf Jahren geschaffen werden.

Die Realisierung von Vereinbarkeit von Beruf und Familie spielt auch in meiner Wahlkreisarbeit eine Rolle. Jürgen Hollstein und ich unterstützten etwa die Kindertagesstätte im Fliegerhorst Wahn, um die Betreuung der Jungen und Mädchen zu gewährleisten. Vor kurzem konnte sich der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Thomas Kossendey, auf meine Einladung hin von der unersetzbaren Arbeit der KiTa überzeugen.

VI. Mut, der Vertrauen schafft, hat die Bundesregierung auch in der Integrationspolitik bewiesen. Die Bundesregierung hat mit den beiden fatalen Fehlannahmen der Integrationspolitik der letzten 30 Jahre aufgeräumt:

Rot-grüne „Multikulti“ - Träumereien haben keines der bestehenden Probleme gelöst. Wir haben dem das Prinzip „Fördern und Fordern“ entgegen gesetzt.

Ebenso ist die Einschätzung, dass die Menschen, die seit den 50er Jahren zu uns gekommen sind und einen wichtigen Beitrag zum Aufbau unseres Landes geleistet haben, in ihre Herkunftsländer zurückkehren, überholt. Der Nationale Integrationsplan liegt auf dem Tisch – spät, aber zum Glück nicht zu spät. Unser Land bekennt sich darin als Integrationsland. Zentrales Anliegen ist es, die Deutschkenntnisse der Migrantinnen und Migranten zu verbessern, denn Sprache ist die Voraussetzung für Integration. Auch die Reform des Zuwanderungsrechts verbessert die Voraussetzungen für eine Integration, die gelingt. So wird zum Beispiel der Nachweis einfacher Deutschkenntnisse beim Nachzug von Ehepartnern gefordert.

In Köln leben über eine Million Menschen, über 300.000 besitzen davon einen Migrationshintergrund – über 30 Prozent, fast jeder dritte Kölner! Angesichts dieser Zahlen stellt sich für eine weltoffene Stadt

wie Köln schon lange nicht mehr die Frage, ob ausländische Mitbürger mit uns leben, sondern wie wir das Zusammenleben so gestalten, dass es für beide Seiten fruchtbar ist.

Aus diesem Grund habe ich in meinem Kalker Wahlkreisbüro seit dieser Legislaturperiode die Möglichkeit einer Bürgersprechstunde speziell für türkische Mitbürgerinnen und Mitbürger geschaffen.

Mittlerweile erreichen mich schon Anfragen aus dem gesamten Bundesgebiet. Ich bin überzeugt, dass ein solches Angebot bestehende Barrieren überwindet und das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Integration schärft.

VII. Meine Damen und Herren, meine Arbeit als Staatssekretärin beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz – wie es in der Amtssprache heißt – bedeutet nicht nur, dass die Zahl meiner Besuche auf einem Bauernhof – und das ist für eine Großstädterin wie mich schon bemerkenswert – sich ohne Übertreibung mindestens verdoppelt hat, sondern auch – und jetzt Spaß bei Seite – das ich Verbraucherpolitik erfolgreich auf der Seite der Bundesregierung mitgestalten kann.

Vertrauen schaffen ist auch hier das Kernmotiv, wenn es um die Themen Schutz vor Gammelfleisch, mehr Transparenz beim Abschluss von Versicherungen, Schutz vor Kreditverkäufen, Verbot von Werbeanrufen und mehr Spielzeugsicherheit geht. Darüber hinaus haben wir auch für verbesserte Fahrgastrechte gesorgt. All' das stand in dieser Legislaturperiode auf der politischen Agenda.

Zum Beginn des neuen Schuljahrs konnten wir hier in Köln das landesweite Schulmilchprojekt starten. Nach etwas mehr als zwei Jahren Vorbereitungszeit konnte ich in Zusammenarbeit mit dem NRW-Landwirtschaftsminister Eckhard Uhlenberg und dem BMELV „mein Baby“ auf den Weg bringen. Die Ausgabe von Schulmilch soll einen wichtigen Beitrag zur gesunden Ernährung der Grundschüler leisten und damit auch zur besseren Konzentrationsfähigkeit. Das dies notwendig ist, belegen die Zahlen: Heute kommen in verschiedenen Teilen von Köln 70 Prozent der Kinder ohne Frühstück zum Unterricht.

VIII. Gestatten Sie mir einen letzten Gedanken - Vertrauen schenken ist immer verbunden mit Zukunftsaussichten, mit Perspektiven und Chancen. Um die Chancen der Menschen in unserem Land zu wahren, heißt es jetzt, den Kurs unserer erfolgreichen Politik halten.

Wir haben in den letzten Jahren bewiesen, dass wir unseren Wahlkampf Slogan „*wo die CDU regiert, geht es den Menschen besser*“ umsetzen können. Trotzdem ist deutlich zu erkennen, dass noch viel Arbeit vor uns liegt, viele Projekte konnten mit der SPD nicht realisiert werden. Stichworte sind hier unter anderem: härteres Durchgreifen bei Jugendgewalt, die Einführung des Kombilohn und die Sicherung unserer Energieversorgung.

Die CDU als Partei der Mitte bietet den Menschen in unserem Land Perspektiven und eröffnet Chancen, daran möchte ich auch weiterhin mitarbeiten und die Interessen meiner Heimatstadt wirkungsvoll in Berlin durchsetzen. Ich freue mich auf einen harten Wahlkampf. Mit Ihnen gemeinsam, können wir es schaffen! Zuerst in Köln, dann in Berlin!

Am heutigen Tag, vor genau einem Jahr, habe ich von Bundesminister Horst Seehofer meine Ernennungsurkunde zur Parlamentarischen Staatssekretärin erhalten. Das Vertrauen, das mir Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dieser Entscheidung entgegengebracht hat, ist für mich eine große Ehre und erfüllt mich mit Stolz. Heute möchte ich um Ihr Vertrauen bitten, um Ihre Stimme für die Nominierung.